

# Vision und Obsession

## Charles de Gaulle und die deutsche Einheit

Benedikt Schoenborn\*

» Wenn Präsident de Gaulle öffentlich erklärte, die Wiedervereinigung erscheine ihm als das normale Schicksal des deutschen Volkes, war das nicht gelogen. Aber es war auch nicht die ganze Wahrheit. Zwei widersprüchliche Überzeugungen prägten de Gaulles Haltung zur Deutschen Frage.

Auf der einen Seite war die Einsicht, dass Frankreich Frieden brauchte. Ein dauerhafter Friede in Europa, davon war de Gaulle überzeugt, musste insbesondere die Wiedervereinigung Deutschlands einschliessen. Auf der anderen Seite wollte er verhindern, dass Deutschland den Franzosen jemals wieder gefährlich werden konnte. Ein vereinigtes, grösseres Deutschland wäre potentiell auch ein gefährlicheres Deutschland. Diese zwei Tendenzen schlossen sich zwar nicht vollends gegenseitig aus, liessen sich aber auch nicht einfach miteinander vereinbaren. Präsent waren sie beide während de Gaulles gesamter Präsidentschaft (1959-1969). In ihrer Ausprägung waren sie auch abhängig vom jeweiligen Erfolg oder Misserfolg der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

De Gaulles langer Kampf – oft als Obsession bezeichnet – gegen ein übermächtiges Deutschland war tief in seiner Biographie verwurzelt. Als Folge des Krieges von 1870-71 wuchs er mit der Überzeugung auf, Bismarck habe das Gleichgewicht am Rhein auf fatale Weise verschoben. Zu groß, zu mächtig war Deutschland geworden. In zwei Weltkriegen folgten weitere Invasionen Frankreichs durch deutsche Truppen, beide Male kämpfte de Gaulle an vorderster Front. 1944 zum Präsidenten der provisorischen französischen Regierung ernannt (bis Januar 1946), versuchte de Gaulle mit aller Kraft, eine erneute Bedrohung für die Zukunft zu verhindern. Deutschland sollte verkleinert, de-

zentralisiert und internationaler Kontrolle unterworfen werden. Erfolglos wehrte er sich 1947-48 gegen die Zusammenführung der drei Westzonen in einen zentral regierten westdeutschen Staat.

Die Kriege gegen Deutschland hatten de Gaulle jedoch auch zu einer anderen Überzeugung geführt: Ohne langfristigen Frieden würde Frankreichs Niedergang unaufhaltsam weitergehen. Nach seiner Rückkehr an die Macht im Juni 1958 stand diese Einsicht für ihn klar im Vordergrund, insbesondere im Verhältnis zur Bundesrepublik. Die Kriege hatten nicht nur unvorstellbares Leid hervorgebracht, so de Gaulle, sie waren auch die Ursache für Europas Schwäche und den Verlust von Frankreichs Rang als Weltmacht. Das französische Volk brauchte eine lange Zeit der Rekonvaleszenz und des Friedens, um sich von den Niederlagen der vergangenen 150 Jahre zu erholen. Zudem war de Gaulle überzeugt, dass Westeuropa einen erneuten Krieg auf eigenem Territorium nicht überleben würde. Als Basis für den Aufbau eines neuen Europa, das wieder eine weltweite Rolle übernehmen sollte, sah de Gaulle die enge Zusammenarbeit von Deutschen und Franzosen. Die Bundesrepublik sei in keiner Weise eine Bedrohung für Frankreich, betonte er immer wieder. Trotzdem schade es nicht, wachsam zu bleiben und die Entwicklung in die richtigen Bahnen zu lenken, ergänzte er in kleinem Kreis. Diese Haltung spiegelte sich auch in seinen Aussagen zur deutschen Wiedervereinigung.

\* Benedikt Schoenborn forscht auf Einladung der Finnischen Akademie zur Zeit an der Universität Tampere. Er ist Autor des Buches *La mésentente apprivoisée: de Gaulle et les Allemands* (Prix Duroselle).

Nach erfolgreichen Treffen mit Bundeskanzler Adenauer erläuterte de Gaulle im März 1959 erstmals seine Haltung zu diesem Thema. Der Anlass war eine Pressekonferenz, wobei einer Pressekonferenz im Elysée-Palast nichts Spontanes anhaftete. Die Journalisten stellten abgesprochene Fragen, de Gaulle hatte seine Antworten minutiös vorbereitet, auswendig gelernt und seine Mimik vor dem Spiegel geübt. Meistens mit grosser Wirkung. Die Weltpresse klebte an seinen Lippen, im deutschen Bundestag führten seine Reden oft zu heftigen Debatten.

#### De Gaulle et l'unité allemande

Lorsque de Gaulle se déclarait convaincu que la réunification correspondait au destin naturel du peuple allemand, il disait la vérité. Mais pas toute la vérité. D'une part, il souhaitait sincèrement une paix européenne durable. Les guerres du passé n'avaient entraîné que des douleurs, engendré la faiblesse de l'Europe et ôté à la France son rang mondial, affirmait de Gaulle. Le peuple français avait besoin d'une longue période de convalescence pour se refaire après la descente amorcée 150 ans auparavant. Cette paix si importante pour la France ne pouvait pas être atteinte tant que « *les anomalies allemandes* » subsistaient. Pour de Gaulle, la coopération étroite entre les deux pays devait former la base d'une Europe qui reprendrait son rôle mondial. Dans cette perspective également, la France « *n'avait pas le droit* » de refuser aux Allemands la réunification. D'autre part, de Gaulle avait combattu la puissance menaçante de l'Allemagne durant toute sa vie. Trois invasions allemandes en France entre 1870 et 1940 avaient laissé de profondes traces. Une Allemagne réunifiée, plus grande, aurait forcément un potentiel plus inquiétant. En tant que président de la Ve République, de Gaulle ne voyait plus l'Allemagne comme une menace, mais il entendait néanmoins poser des conditions pour sa réunification, notamment pour son armement et ses frontières. Lors des périodes de tensions bilatérales, de Gaulle laissait entrevoir sa réticence : « *Nous souhaitons que la réunification allemande puisse avoir lieu un jour, mais un peu comme les juifs qui disaient : l'an prochain à Jérusalem.* »

B.S.

So auch im Frühjahr 1959. Stein des Anstosses war de Gaulles Bemerkung, ein wiedervereinigtes Deutschland dürfe die bestehenden Grenzen nicht in Frage stellen. Dies war eine unmissverständliche Aufforderung an Bonn, die Oder-Neisse-Linie anzuerkennen. (Erst Bundeskanzler Brandt sollte 1969 definitiv auf die Gebiete verzichten, die Deutschland nach dem Krieg an Polen verloren hatte.) De Gaulles Absicht war klar. Ein wiedervereinigtes Deutschland durfte sich keinesfalls noch weiter vergrössern. Als zweite Bedingung verlangte er, ein vereintes Deutschland müsse sich „in eine verstragsmässige Organisation ganz Europas“ integrieren. Die Wiedervereinigung sollte also im Rahmen einer internationalen Struktur geschehen, in der Frankreich wohl ein gewichtiges Wort mitreden würde. Unter diesen beiden Bedingungen, so de Gaulle, unterstütze er aber das Ziel der Wiedervereinigung. De Gaulles offizielle Aussagen zur deutschen Einheit zeigten zwar während des folgenden Jahrhunderts eine gewisse Entwicklung, veränderten sich aber in der Substanz nur wenig. Seine berühmteste und wichtigste Erklärung zu diesem Thema machte er im Februar 1965, erneut an einer Pressekonferenz. Adenauers Nachfolger im Kanzleramt, Ludwig Erhard, hatte ihn darum gebeten.

De Gaulles Ausführungen waren nun detaillierter als sechs Jahre zuvor, fussten tiefer in der Geschichte und blickten weiter in die Zukunft. Auch die Bedingungen für die deutsche Einheit waren zahlreicher geworden. Zur Anerkennung der Grenzen und der Forderung, dass die europäischen Völker die Deutsche Frage gemeinsam lösten, kam nun insbesondere die „Regelung der Bewaffnung“ des vereinten Deutschland hinzu. Dies bedeutete für de Gaulle, dass die Deutschen niemals über Atomwaffen verfügen durften. Der Zeitrahmen für die deutsche Wiedervereinigung konnte nur ein langfristiger sein, betonte er. Denn zuerst müsse Russland (de Gaulle sprach nie von der Sowjetunion) sein totalitäres System ändern und zwischen Atlantik und Ural ein neues Gleichgewicht entstehen. Eine solche Lösung der Deutschen Frage im europäischen Rahmen stellte er als „das wesentliche Ziel der Politik Frankreichs“ dar. Bundeskanzler Erhard reagierte anfangs erfreut darüber, die angestrebte deutsche Einheit wieder in den Schlagzeilen zu sehen. Aber innerhalb weniger Wochen kippte

seine Stimmung. Er befürchtete eine Europäisierung der Deutschen Frage, die er lieber in kürzerer Zeit von den Vier Mächten gelöst sehen wollte. *„Ich kann doch vom deutschen Volk nicht verlangen, 20 oder 30 Jahre auf den Tag der Wiedervereinigung zu warten“*, bilanzierte Erhard trocken. Fortan hütete er sich, den französischen Präsidenten bei diesem Thema um Rat zu fragen. Auch von Seiten der oppositionellen SPD kamen meist kritische Stimmen, einzig Kanzlerkandidat Brandt betrachtete de Gaulles Pressekonferenz als Ausdruck grosser Gedanken.

Die damals viel diskutierte Europäisierung der Deutschen Frage war eigentlich ein Sturm im Wasserglas. De Gaulle beabsichtigte keineswegs, die USA von der Lösung dieses Problems auszuschliessen, wie verschiedene interne Dokumente und auch seine Diskussionen mit den Sowjets belegen. Die Amerikaner hatten im Krieg gekämpft und besaßen deshalb ein legitimes Recht, bei der Lösung der Deutschen Frage mitzureden, hielt er mehrmals fest. Bitterernst war es ihm hingegen mit dem Verbot eines deutschen Zugriffs auf Nuklearwaffen. Bundeskanzler Adenauer hatte zwar 1954 ein Dokument unterschrieben, das der Bundesrepublik die Herstellung atomarer Waffen auf eigenem Boden untersagte. Juristisch gesehen schloss dies aber nicht den Besitz solcher Waffen aus – für Frankreich ein bedrohliches Szenario. Wenn Deutschland Atombomben besäße, erklärte de Gaulle einem amerikanischen Gesprächspartner, dann könnten sich die Dinge sehr schnell sehr negativ entwickeln und erneut ein grosser Krieg ent-

stehen. Dass Frankreich selber Atomwaffen besass, war für de Gaulle von immenser Bedeutung. Auch im Hinblick darauf, eine zukünftige Wiedererstarkung Deutschlands auszugleichen. Dies war in seinen Augen keineswegs ungerecht. *„Die Deutschen müssen eingestehen, dass sie den Krieg verloren haben und dass man bezahlen muss, wenn man besiegt wird“*, erklärte de Gaulle seinen Beratern



kurz vor der erwähnten Pressekonferenz im Februar 1965. Anders gesagt, Deutschland müsse definitiv auf Atomwaffen und verlorene Gebiete verzichten.

Bezüglich der Grenzen war die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie vorrangig, doch de Gaulle wollte auch jede andere deutsche Expansion für die Zukunft ausschliessen. Zur Zeit der Grossen Koalition 1966-1969 nahmen Bundeskanzler

Kiesinger und Aussenminister Brandt verdutzt zur Kenntnis, dass de Gaulle verlangte, Deutschland müsse auf alle Zeit der Idee eines Anschlusses Österreichs abschwören. Offenbar

gab es damals keinen deutschen Politiker, der auch nur im Entferntesten von einem Anschluss träumte. Trotzdem wollte de Gaulle für die Zukunft Frankreichs sichergehen.

Ein letztes Element, das eine deutsche Wiedervereinigung akzeptierbar machen sollte, tauchte nur in de Gaulles Gesprächen mit Politikern Osteuropas und der Sowjetunion auf: Ein vereintes Deutschland würde nicht als *„zentralisiertes Reich“* organisiert werden, sondern *„als eine Art Konföderation“*. Hingegen betonte de Gaulle in einem erstaunlich offenen Gespräch mit dem US-Vizepräsidenten Humphrey, die deutsche Wiedervereinigung müsste über die Etappe einer

Konföderation letztlich zu einem einzigen deutschen Staat führen. Es kann also durchaus sein, dass de Gaulle mit dem weniger ambitionierten Ziel einer deutschen Konföderation die Machthaber im Kreml dazu bringen wollte, endlich eine offene Diskussion zur Deutschen Frage zuzulassen.

Auf deutscher Seite gab es gewichtige Zweifel, ob de Gaulles Eintreten für das Fernziel einer Wiedervereinigung wirklich ernst gemeint war. (Ähnliche Zweifel betrafen allerdings auch die USA und Grossbritannien.) War de Gaulles öffentliche Fürsprache für die Wiedervereinigung bloss ein Druckmittel, eine Art Köder, um die Bundesrepublik auf seine politische Linie zu zwingen? Wollte er Deutschland auf einer minderwertigen (also geteilten) Machtebene festbinden, um Frankreich langfristig zu schützen? Sprach die französische Regierung abseits von Mikrofonen, in vertraulichen Gesprächen mit den Entscheidungsträgern der Welt, womöglich ganz anders über die Deutsche Frage? Um eine Antwort auf die letzte Frage zu bekommen, wandte sich Bundesverteidigungsminister Schröder im Januar 1968 an die Briten. Im Antwortschreiben hielt das *Foreign Office* beinahe bedauernd fest (London war damals sehr verärgert über de Gaulle): Sämtliche diplomatischen und geheimdienstlichen Berichte liefen darauf hinaus, dass de Gaulles Aussagen zur Deutschen Frage einheitlich und unabhängig von der Nationalität seiner Gesprächspartner seien. Dem heutigen Forscher präsentiert sich in den Archiven ein ähnliches Bild. Die Gesprächsprotokolle de Gaulles und seines Aussenministers, insbesondere mit Vertretern Osteuropas und der Sowjetunion, dokumentieren konsistent über alle Jahre ein Eintreten für das Prinzip der deutschen Wiedervereinigung. „*Ihr solltet den Deutschen zumindest eine Perspektive geben und sie nicht einfach in der Luft hängen lassen*“, heisst es dort immer wieder. Auch die Vermutung, die noch heute manchmal in der deutschen Fachliteratur herumgeistert, de Gaulle hätte 1966 in Moskau versucht, mit den Sowjets eine Art Deal gegen Deutschland zu verhandeln, ist falsch. Vielmehr hat die sowjetische Führungsspitze während der 1960er Jahre immer wieder versucht, de Gaulle zur Unterschrift eines Vertrags mit der UdSSR zu bringen, der im Falle einer deutschen Aggression wirksam geworden wäre.

De Gaulle hat dies immer zurückgewiesen. Die offiziellen Gesprächsnotizen werden darin auch bestätigt von den Rapporten, die ein hochgestellter französischer Spion regelmässig dem amerikanischen Präsidenten zukommen liess.

Trotzdem bleiben gewisse Unsicherheiten darüber, was de Gaulle in seinem Innersten über die deutsche Einheit dachte, nicht zuletzt auch weil seine persönlichen Dokumente aus den 1960er Jahren noch nicht verfügbar sind.

Anlass zu Skepsis geben interne Bemerkungen de Gaulles, er habe es mit der deutschen Wiedervereinigung gar nicht eilig. Auffällig ist, dass solche negativen Kommentare in Zeiten angespannter Beziehungen mit der Bundesrepublik fielen. So erklärte er einem französischen Diplomaten im Juni 1963, kurz nachdem der deutsche Bundestag den Elysée-Vertrag mit einer Präambel teilweise entwertet hatte: „*Die Wiedervereinigung Deutschlands? Sie können sich gut vorstellen, dass mir nichts daran liegt.*“ Ähnliche Tendenzen zeigten sich rund zwei Jahre später, als die Regierung Erhard-Schröder nukleare Ambitionen zeigte. Im Herbst 1968, verärgert über deutsche Geheimniskrämerei und Kontakte mit dem Osten, liess sich de Gaulle zu diesem Kommentar hinreissen: „*Wir wünschen, dass die deutsche Wiedervereinigung eines Tages stattfinden kann, aber etwa so wie die Juden sagten: Nächstes Jahr in Jerusalem.*“

Einige Kritiker argumentieren, de Gaulle sei nur für die deutsche Einheit eingetreten, um als Wortführer das Problem besser kontrollieren zu können. In Wahrheit aber habe er die Einheit verhindern wollen. Vor dem Hintergrund der verfügbaren Quellen erscheint diese Interpretation von de Gaulles Absichten aber zu negativ. Glaubwürdiger wirkt seine eigene Erklärung, mit der er 1966 einem Minister seinen inneren Konflikt zur Deutschen Frage beschrieb: „*Die Wiedervereinigung Deutschlands in ein zentralisiertes Reich ist nicht im französischen Interesse, es passt uns ganz gut, dass Deutschland in zwei Teile geteilt ist.*“ Dann fügte er an, dass dieser Standpunkt dem Ziel einer langfristigen europäischen Regelung untergeordnet werden sollte. „*Wir können die Wiedervereinigung Deutschlands nicht verhindern und wir hätten auch kein Recht dazu, denn sie entspricht letztendlich dem natürlichen Lauf der Dinge.*“